

Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 39 (1983)
Heft: 9-12

Artikel: Der zunehmenden Gewalt an Frauen entgegentreten
Autor: E.P.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-844351>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sozialdemokratische Partei (SP) und Gewerkschaften

Stadtliste: Lilian Uchtenhagen-Brunner, Dozentin Schule für Soziale Arbeit, Zürich (bisher); Doris Morf-Keller, Schriftstellerin, Zürich (bisher); Verena Bürcher, Gewerkschaftssekretärin/Journalistin, Zürich; Ursula Koch, Geschäftsführerin Schweiz. Energie-Stiftung, Zürich; Verena Thompson, Telefonistin PTT, Zürich; Heidi Hofmann, Arbeitslosenkassenleiter-Stellvertreterin, Zürich; Catherine Pelli, Ökonomie-Planerin, Zürich; Margrit Weber, Büroangestellte, Zürich; Dorli Läubli, Werbeberaterin, Zürich. — *Landliste:* Marianne de Mestral, Erwachsenenbildnerin, Männedorf; Ursula Leemann, Oberassistentin ETH, Esslingen; Trudi Kohler-Zimmermann, Verwaltungsangestellte, Pfäffikon; Anny Gantert, Hausfrau/Studentin, Hedingen; Liliane Goldberger, Redaktorin, Au-Wädenswil; Marianne Huber, Reallehrerin, Urdorf; Heidi Vogt, Krankenschwe-

ster, Uster; Erika Bruppacher-Ammann, Hauswirtschaftslehrerin, Winterthur.

Grüne Alternative Zürich (GAZ)

Beatrice Dirkx, Verwaltungsangestellte, Zug; Marie-Claire Niquille, Theaterpädagogin, Zürich; Marta Preisig, Physiotherapeutin, Zug; Marta Schmid, Hausfrau, Zürich; Jacqueline Scheifele, Krankenschwester, Zürich; Geneviève Rudin, Krankenschwester, Zürich; Susanne Seiler, Übersetzerin, Basel.

Der zunehmenden Gewalt an Frauen entgegnet

Die 10. Schweizerische Frauenkonferenz der SVP, die im September in Bern stattfand, forderte die Politiker auf, dem Problem der zunehmenden Gewalt gegen Frauen — auf der Strasse und zu Hause — mehr Beachtung zu schenken und geeignete Massnahmen zur



Vorbeugung und zur Milderung der schwerwiegenden Folgen solcher Gewaltausübung für die Opfer und deren Familien zu unterstützen. Vorbeugend seien Knaben und Mädchen zu selbstbewusster Partnerschaft und zur Achtung vor dem andern Geschlecht zu erziehen, in den Abschlussklassen Knaben und Mädchen durch geeignete Dokumentation und Diskussionen über das Problem der Gewalt aufzuklären, gegen die Verherrlichung und Förderung der Gewalt in der Unterhaltungsindustrie anzugehen und die Vermarktung der Frau als Werbeträger einzuschränken.

Unmittelbare Hilfe für das vergewaltigte Opfer ist durch Schaffung von Anlaufstellen mit spe-

*Ob kurz oder lang
auf den Haarschnitt
kommt es an.*



*Spezial-Damensalon
Coiffure-Studio Zubi
Nelly Zuberbühler*

*Eidg. dipl. Coiffeuse, Fachlehrerin
8003 Zürich, Zentralstrasse 16*

Telefon 01/462 84 14, 462 76 23

ziell ausgebildeten Frauen als erste Bezugsperson zu gewährleisten und jede weitere Demütigung des Opfers während des Strafverfahrens gegen den Täter zu vermeiden. Insbesondere ist dem Opfer ein Anspruch auf juristischen Beistand ungeachtet seiner Rechtsstellung im Verfahren durch Revision der Strafprozessordnungen einzuräumen. Frauen, die in der Familie Gewalt erleiden, ist durch Schaffung und Unterstützung von Frauenhäusern, in Landgebieten nach Möglichkeit dezentralisiert, zu helfen. Diese Hilfe sollte auch den Täter — also meist den Ehemann — mitumfassen, damit nach Möglichkeit Familien erhalten werden können.

Grete Brändli-Bührer, die vor zwölf Jahren, als das Frauenstimmrecht in der Schweiz endlich eingeführt wurde, in die SVP eintrat, hat an der Konferenz teilgenommen und zeigte sich in einem Gespräch mit der «Staatsbürgerin» sehr beeindruckt vom Problem der Gewalt an Frauen. Der TV-Film von Marianne Pletscher über vergewaltigte Frauen, der den Teilnehmerinnen vorgeführt wurde, hinterliess einen nachhaltigen Eindruck. Fest steht für Grete Brändli-Bührer, dass Vergewaltigung rein gar nichts mit Sexualität zu tun hat, sondern mit Machtausübung des Mannes über die Frau. Den betroffenen Frauen, die unter einem furchtbaren, manchmal lebenslangen Schock stünden, sei unbedingt und unbürokratisch zu helfen. Die Forderungen, die in dem Communiqué der SVP-Frauen festgehalten sind, sollten so schnell wie möglich erfüllt werden.

Grete Brändli-Bührer, Bäuerin mit drei Kindern im Alter von 17, 19 und 20 Jahren, organisierte mit tatkräftiger Unterstützung ihres Mannes die

Grete Brändli-Bührer, geboren 1938, Bäuerin, Samstagern. Platz 7 auf der SVP-Liste Zürich-Land.

Arbeit in Haus und Hof so, dass sie stets rege am öffentlichen Leben teilnehmen konnte. Sie ist der Meinung, dass Frauen, die politisch tätig sind, nie ausgelernet haben, dass diese stets offen sein müssen für Neues und Ungewohntes, vielleicht auch für sogenannt «Unweibliches», wie die Tätigkeit in der Baukommission oder im Finanzressort oder auf einem anderen Gebiet, das bisher eher den Männern vorbehalten blieb.

Männer und Frauen hätten zwar unterschiedliche Erfahrungen, die aus ihrem Lebenszusammenhang resultieren, d.h. Frauen wenden sich zumeist sozialen Themen zu aus ihrem Wirken als Kindererzieherin und Familienmittelpunkt heraus. Aber das heisse keinesfalls, dass Frauen sich einschränken müssten. Im Gegenteil, sie sollten sich immer neues Wissen aneignen und ihren Horizont ständig erweitern. Im Landfrauenverband und innerhalb der SVP hat Grete Brändli-Bührer viele Vorträge gehalten über den Gleichheitsartikel, die Revision des Eherechts u.v.a.m.

Mitwirkung in der Gesamtverteidigung

Grete Brändli-Bührer tritt für die Mitwirkung der Frau in der Gesamtverteidigung ein, und zwar nach deren beruflichen Fähigkeiten und Möglichkeiten im Hinblick auf die Familienpflichten. Es müsse darauf geschaut werden, welche Fähigkeiten der jeweiligen Frauen in welcher Sparte am besten genutzt werden könnten, und dann habe die Einteilung und eventuelle Ausbildung in abgestuften Zeiträumen zu erfolgen. Es habe keinen Sinn, beispielsweise alle Mädchen für 17 Monate Spitaldienst einzuteilen, weil die Burschen 17 Wochen RS absolvieren müssen. Gleichberechtigung heisse nicht, dass bei Männern und Frauen alles gleich gemacht werden müsse.

«Wenn ich einfach für den Frieden bin, bringt das noch nichts», meint Grete Brändli-Bührer.

Männer und Frauen müssten auf Krisen- oder Kriegszeiten vorbereitet sein, das bedeute auch, sich Gedanken darüber zu machen, welche Auswirkungen ein Ernstfall auf unser Land habe. Die Mitwirkung in der Gesamtverteidigung halte Frauen nicht davon ab, sich den Frieden zu wünschen und dafür einzutreten.

E.P.

1983 — ein gutes «Frauenjahr»?



Kontraste prägen seit geraumer Zeit das Bild der politischen Frauenszene. Greifen wir etwas zurück. Als die Abstimmung über die Initiative «Gleiche Rechte für Mann und Frau» ins Haus stand, war allenthalben eine Stimmung der Mutlosigkeit, der Resignation

spürbar. Der erfolgreiche Kampf um das erste grosse Ziel, das Frauenstimmrecht, habe die Kräfte erlahmen lassen, hiess es, und einer Aufsplitterung der Frauenszene Vorschub geleistet sowie früher gemeinsam beschworene Anliegen und Wünsche plötzlich vergessen lassen. Seien wir ehrlich, an eine Annahme der Initiative glaubten nur wenige. Volk und Stände haben uns im Sommer 1981 dann eines Besseren belehrt. Kraftvoll war die Zustimmung zur verfassungsmässigen Verankerung der Gleichberechtigung. Der zweite grosse Schritt war gemacht! Was jetzt, war dann zu hören. Hie das Völklein der aufrechten überpartei-

chen Kämpferinnen und dort die Frauen, die sich in die Parteien integrieren liessen und den langen Marsch durch die politischen Institutionen antraten. Es wurde stiller um die Frauenbewegung, vorab um die klassische, die traditionelle Hüterin unserer Begehren rund um die anvisierte gesellschaftliche und politische Integration. Und wieder kamen die Kritiker: «Die Frauen haben den Zusammenhalt verloren, sie haben sich durch die bestehenden Strukturen vereinnahmen lassen.» Dies war die Meinung der einen und die andern fanden, man habe jetzt ohnehin genug von den Frauen geredet, es gäbe nun Gewichtigeres anzupacken.

Es stimmt ganz einfach nicht! Wir Frauen sind da, überall präsent und voll engagiert. Wir sind vielerorts bereits zur Selbstverständlichkeit geworden. Die Quittung beweist es: 1982 Gemeinde- und 1983 kantonale Wahlen in Zürich. Die Frauen in politischen Ämtern und Parlamenten vermehren sich, zäh aber augenfällig und unaufhaltsam. Sie erobern sogar Bastionen, die bis vor kurzem zum eisernen Bestand männlicher Machtentfaltung gehörten. Denken wir an unsere erste Regierungsrätin Hedi Lang oder an die jetzige zweite Vizepräsidentin des Kantonsrates, Gertrud Erismann, die dereinst den höchsten Sessel des Kantons erklimmen wird. Und auch jetzt, kurz vor den Nationalratswahlen, dürfen wir getrost den Ergebnissen entgegensehen. Frauen aller Parteien haben sich durchwegs auch erstrangige Listenpositionen gesichert. Keine Schaufensterränge, sondern Plätze, die hart erworben und verteidigt werden müssen.

Der Umschwung kam auf leisen Sohlen

Woran liegt es, dass wir Frauen plötzlich eine gute Presse haben? Nicht etwa nur bei jenen, die unserer Sache immer schon gewogen waren. Nein, auch breiter gestreut, vor allem bei den Wählerinnen und Wählern. Wieso hält sich

Claudia Depuoz, geboren 1945, Vizedirektorin, von 1978–1981 Präsidentin des Vereins Aktive Staatsbürgerinnen, Zürich. Platz 6 auf der CVP-Liste.